

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker
und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne
Postgeld), bei Zusendung unter Kreuzband
1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 7.

Berlin, den 14. Februar 1909.

10. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Jugendfragen. — Sozialdemokratische „Geschichts“-
schreibung. — Jahresbericht des Bezirks Königsberg i. Pr.
Außenarchitektur des Arbeiterhauses. — Rundschau:
„Arbeitervereinigungen in Baden“. Sind Kostgänger bei Gemeindefin-
den wahlberechtigt? Die Werkspensionskassen in der Groß-
industrie. Folgen des Wohnungsmangels. Ausländische Arbeiter
in Preußen. Was geht im Siegerland vor? Wer hat Geld zu
verschleudern? „Stübelmubbel“-Bestrebungen. — Ein sozialdemo-
kratischer Zentralverband der Jugendlichen? — Wirtschaftliche
Bewegung. — Verbandsnachrichten: Nachen. Beegendorf.
Donaustr. Erbach. Godesberg-Plittersdorf. Mühlheim. Mühlheim.
Schiffach. St. Johann-Saarbrücken. Spichern. Venlo. Stalme-
rode. Osterfeld. Königsberg i. Pr. — Soziale Rechtsprechung.
— Soziale Wahlen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen.
— Versammlungskalender. — Sterbetafel.

Jugendfragen.

Die Jugend ist der kostbarste, den Eltern anvertraute
Schatz. Die jungen Pflänzchen, genannt Kinder, bedürfen
der sorgsamsten Pflege und Erziehung, da in der Regel
der spätere Werdegang im Leben davon vorgeschrieben
wird. „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm“, das
wird so oft und drastisch durch die Wirklichkeit bewiesen,
dass gar nicht genug an diese Wahrheit erinnert werden
kann.

Nicht Vorschläge für die Jugendberziehung wollen wir
hier machen. Worauf es uns ankommt, ist, auf die
Wichtigkeit dieser Frage aufmerksam zu machen und auf
die Strömungen, die am Werke sind, die Jugend auf
den Weg zu führen, die unumgänglich zum Besten für sie aus-
schlagen können. Da bedarf es nicht nur der Abwehr,
weil der Angriff war noch immer der beste Heil, und
es muss es auch hier sein. Das geschieht im Interesse der
Jugend selbst, dann der Familie, des Staates und der
Gesellschaft, und nicht zuletzt im Interesse unserer Be-
wegung.

Auf weiten Gebieten unseres sittlichen Lebens macht
sich eine bedenkliche Fäulnis geltend, die von impu-
liven, egoistischen Personen in erfindlicher Weise gewissen-
los ausgenutzt wird. Eine schlüpfrige, sittenlose Literatur
und ebensolche Schaustellung von Theaterstücken, Bildern
und dergleichen arbeitet systematisch an der Unter-
grabung hergebrachter Anschauungen über Sittlichkeit und
Tugend, wie sie im Christentum begründet liegen und
natürlich sind. Es wird dem Sittlichleben das Wort
geredet, und rohester Sinnengenuß wird mit einem ge-
wissen Kult umgeben, um Ahnungslose desto leichter um-
garnen zu können. Wer dagegen ankämpft, wird als ein
Reaktionär, ein Besot und dergleichen verschrien, in der
Öffentlichkeit herabgesetzt und lächerlich gemacht. In der
Regel geschieht das von den an der Sache materiell In-
teressierten. Ihre Jünger, denen das persönlich zuzuf-
ühlen Beifall. Daß das deutsche Volk sich eine solche
Behandlung einer an seinem Lebensmark schreibenden Krank-
heit bieten läßt, ist kein gutes Zeichen. Selbstverständlich
droht der Jugend dabei die größte Gefahr, weil sie für
derartige Dinge am empfänglichsten ist, sie sich auch an
sie am meisten herandrängt.

Eine „freie“ Geistesrichtung tritt in immer poten-
zierterer Form hervor. Ihre „Freiheit“ offenbart sich
darin, daß sie frei von jedem Gottesglauben und über-
natürlicher Religion ist. Tausende Kanäle werden dazu
benutzt, um dieser Richtung im Volke Anhang und Macht
zu verleihen, selbst in das Erziehungsrecht der Eltern
droht man einzugreifen. Von dem Katheder der Univer-
sität bis zur Volksversammlung des „Genossen“ Adolf Hoff-
mann herrscht Einheit. Die Folgen dieser „Erziehung“
sind freilich nicht immer allen gleich angenehm. Die
Emanzipation von der göttlichen Autorität, wie sie in
der „freien“ Geistesrichtung gepflegt wird, überträgt die
Sozialdemokratie konsequent auf alle übrigen Gebiete
unseres Staats- und Gesellschaftslebens. Wenn die Folgen
dieser Erziehung heute noch nicht in krasserem Maße auf-
treten, so liegt das in der Jugend der Sache begründet
und der Furcht vor den weltlichen Gesetzen. Der Gemüts-
und Charakterbildung der Jugend drohen von dieser Seite
unabwendbare Gefahren. Die Aufgeblähsenheit und Rücksichts-
losigkeit so manches „aufgeklärten“ Jünglings reden eine
nur zu deutliche Sprache. Das ist es eben: Wer sich
seinem höheren Richter mehr verantwortlich fühlt, für
den gibt es auch keine Schranken mehr in irdischen Dingen.
Das Recht wird zur bloßen Machtfrage gestempelt und die
Mehrheit entscheidet. Wie traurig sieht's in mancher
Familie aus ob der Folgen dieser „freien Erziehung“!
Wie traurig in den jungen Menschen selbst! Ohne Selbst-
acht ein schwankendes Rohr, hin- und hergetrieben von
den Leidenschaften des Lebens. Die Arbeit wird nur als
Bewandlung empfunden, nicht als eine sittliche Forderung. Die
Anerkennung jeglicher Autorität, mag es die der
Eltern, des Arbeitgebers oder der Behörde sein, nur mit
Widerwillen und Widerstreben wird sie aufgenommen,
wenn man sich ihr nicht auf irgendeine Art und Weise
zu entziehen vermag. Ein Schwinden des Pflichtbewußt-

nur für ein von Leidenschaft durchtränktes Ziel ist man
zu opfern bereit. Wollen wir christliche Arbeiter ein
solches Geschlecht, wenn auch nur durch Passivität, er-
zählen helfen? Daß uns der Himmel davor bewahren
möchte! Wir wollen starke, selbstbewusste Männer, durch-
geistigt und veredelt von der Religion, die Gutes nur
des Guten wegen tun, und die willig sich jener ver-
nünftigen Autorität fügen, ohne die keine Familie und
kein Volk existieren kann. Mit andern Worten: Charaktere
brauchen wir, die stark genug sind, um allen Gefahren
unseres „modernen“ (das so viel mißhandelte Wort!)
Lebens zu trotzen.

Dabei verkennen wir nicht, daß den gekennzeichneten
Uebelständen und Gefahren, die sich auch noch auf anderen
Gebieten geltend machen, durch unsere wirtschaftliche Ent-
wicklung Vorschub geleistet wird. M'zuerst die Selbständig-
keit, Gefahren in der Fabrik unter Anderen, mangelnder
Schutz von Leben und Sittlichkeit, die Frauenarbeit im
Erwerbaleben, besonders der Mutter usw. Den hieraus
entstehenden Gefahren wird von verschiedenen Seiten, die
der Jugend wirklich wohlwollen, zu begegnen versucht.
Wenn die Erfolge bisher noch nicht allzu große waren,
so liegt das daran, weil diese Bestrebungen noch nicht ge-
nügen Würdigung finden; auch in unseren Reihen. Wir
sollen daher mit weit größerem Eifer an das Jugend-
problem herangehen, und nicht dem Feind das Feld über-
lassen, der uns wahrlich nicht wohl will. Das Wohl unserer
Jugend muß uns dazu treiben. Sind wir selber nicht
dazu imstande, dann werden sich schon hilfsbereite Seelen
finden. Vor allem die schulentlassenen Jungen und Mäd-
chen in ihre konfessionellen Jugendvereinigungen. Hier
werden Reigung und Temperament schon in die richtigen
Bahnen gelenkt und für die apologetische und soziale
Schulung gesorgt, deren der junge Mann oder das Mädchen
bedarf. Manche herbe Erfahrung bleibt dann den Eltern
erspart.

Aber: was wir aus unseren Kindern machen wollen,
das müssen wir auch selbst sein. Seien wir ihnen so viel,
daß sie an ihrem Lebensabend mit Befriedigung an Vater
und Mutter zurückdenken.



Das Leben soll die Erde sein,
Darin die Weisheit Wurzel schlägt,
Und pflanzt ihr drin den Kern nicht ein,
Wächst auch kein Baum, der Früchte trägt.
Bodenstedt.



Sozialdemokratische „Geschichts“- schreibung.

In dem vom sozialdemokratischen Maurerverbande für das
Jahr 1909 herausgegebenen Taschenkalender wird unter
der Rubrik „Geschichtskalender“ für 1900 folgendes
berichtet:

„1900. 18. Juli. Essen. Maurerstreik. Mitglieder des
christlichen Verbandes treten massenhaft als Streikbrecher
in die Schranken, wodurch der Streik verloren geht.“

Im Interesse der historischen Wahrheit muß gegen diese
Geschichtsklitterei Einspruch erhoben werden. Wenn der
Verfasser vom Jahre 1900 keine besseren Daten anzuführen
konnte, als den für den sozialdemokratischen Maurer-
verband so unruhmlichen Maurerstreik im Jahre
1900, dann hätte derselbe besser daran getan, gar nichts zu
schreiben.

Zur Klarstellung sei kurz an die wahren Tatsachen erinnert:

Unsere Organisation hatte zu Anfang des Jahres 1900 der
Essener Bauinnung durch den Gesellenanschluß eine Forderung
unterbreitet. Der Gesellenanschluß erreichte auch die Erhöhung
des Stundenlohnes um zwei Pfennige. Unsere Kollegen waren
mit dieser Erhöhung des Lohnes nicht zufrieden und stellten
in einer am 29. April im „Mrebushaus“ stattgefundenen außer-
ordentlichen Mitglieder-Versammlung einen vollständigen Lohn-
tarif auf. Als die Unternehmer kein weiteres Entgegenkommen
zeigten, beschloßen unsere Kollegen im Mai die Arbeit niederzu-
legen, falls auch der soziald. Verband mitmilt würde. Seitens
des soziald. Maurerverbandes fand auch eine öffentliche Ver-
sammlung im Mai statt. In dieser Versammlung wurde jedoch
erklärt, es sei keine günstige Zeit zur Proklamierung des Kampfes,
es müsse die Bautätigkeit erst eine regere werden.

Da kam aber bekanntlich die große Krise, die im zweiten
Halbjahr so furchtbar schroff einsetzte. Der Zusammenbruch
der Kaiserburgischen Bank hatte einer Anzahl Baugeschäfte ganz
enorme Verluste gebracht. Viele vorgesehene Bauten wurden
zurückgestellt: in Essen-Altendorf allein 57 Neu- bzw. Umbauten.
In dieser Periode hieß es auf einmal, der soziald. Maurerverband
wollt streiken. Unsere Organisation nahm Stellung zu dem

Gerücht und wählte eine Kommission, die eine Baustatistik auf-
nahm. Diese fiel aber so ungünstig aus, daß die Kommission
zu der Ueberzeugung kam, daß die Empfehlung eines Streiks
einfach eine Fivolltät wäre. Wo die Kommissionsmitglieder
an Arbeit fragten, wurde ihnen erklärt, ihr könnt noch eine An-
zahl mitnehmen. In einer außerordentlichen Mitgliederver-
sammlung unseres Verbandes wurde mit 133 gegen 2 Stimmen
beschlossen, vorläufig die Lohnbewegung zu vertagen. Dieser
Beschluss wurde in Gegenwart mehrerer Führer des sozialdem.
Maurerverbandes gefaßt. Trotzdem dieser Beschluss nun vor-
lag, hielt der sozialdem. Maurerverband in der darauf folgenden
Woche eine Versammlung ab, wozu er den sozialdemokratischen
Reichstagskandidaten Hofrichter aus Köln als Redner herange-
zogen. In dieser Versammlung wurden die Erschienenen durch
die schwülstigen Reden vollständig hypnotisiert, und in einer solch
fanatischen, leidenschaftlichen Weise gegen die christlichen Ge-
werkschaften gehetzt, daß die Anwesenden zum praktischen Nach-
denken unfähig waren.

In dieser zur Stillebrücke gebrachten Stimmung wurde dann
über den Streik abgestimmt. Ueber die wirtschaftlichen Ver-
hältnisse wurden die Anwesenden aber auch mit keinem Wort
unterrichtet. Also, trotzdem die Konjunktur froide, trotzdem
schon teilweise Entlassungen vorlagen, trotzdem der Beschluss
unserer Organisation vorlag, und dazu in Essen im Jahre 1900
die meisten Bauarbeiter unorganisiert waren, wurde seitens
des sozialdem. Maurerverbandes gestreikt.

Daß unter diesen Umständen von Streikbruch der Christlichen
im Jahre 1900 in Essen nicht die Rede sein kann, ist jedem
eintretend. Mehrere damalige sozialdem. Größen sind denn
auch seitens des sozialdem. Maurerverbandes gestürzt. Einer
wurde wegen Beleidigung christlicher Führer mit 75 Mark oder
25 Tagen Haft bestraft.

Diese Verhältnisse sind dem sozialdemokratischen Geschichts-
schreiber genau bekannt. Man sieht also, wie die Sozialdemo-
kratie die Geschichte fälscht, und wie ihre „Geschichts-Daten“
einzuschätzen sind.

Jahresbericht des Bezirks Königsberg i. Pr.

Könnte im vorjährigen Jahresbericht mitgeteilt werden,
daß das abgelaufene Jahr ein bewegtes, die Konjunktur mit
wenigen Ausnahmen eine gute gewesen war, so ist in dieser Be-
ziehung vom Jahre 1908 wenig Erfreuliches zu berichten. Die
Krisis, welche im allgemeinen einsetzte, hat auch in Ostpreußen
in fast allen Verbandsorten tiefe Wunden unter der Arbeiter-
schaft, insbesondere bei unseren Verbandskollegen, geschlagen.
Außer Memel und Reidenburg war die Konjunktur überall eine
sehr schlechte. In diesen beiden Orten war sehr viel zu tun,
besonders in dem ersteren; eine Anzahl Kollegen aus Königs-
berg konnte dieserhalb in Memel Beschäftigung finden. In
Königsberg war die Bautätigkeit schon 1907 sehr matt, im ver-
gangenen Jahr flaute dieselbe noch mehr ab, so daß wohl
seit Jahrzehnten ein solch schlechtes Baujahr nicht zu verzeichnen
war. Gute kurze Zeiträume im Hochsommer waren wohl alle
Kollegen in Beschäftigung, aber nur wenige Wochen, und
Sundernde von Kollegen mußten wieder feiern. Auch in der
zweitgrößten Stadt im Bezirk, in Allenstein, war es ähnlich
so; ein Teil der Allensteiner verheirateten Kollegen mußte die
Heimat verlassen und anderswo Beschäftigung suchen. Trotzdem
in Allenstein kein Ueberfluß, sondern Mangel an kleinen und
mittleren Wohnungen herrschte, zeigte sich absolut keine Baulust.
Genauso ging es in den übrigen Verbandsorten, Bischofsburg,
Braunsberg, Heilsberg, Gensburg, Tapan usw. Keußerer Fort-
schritte sind gemacht worden, indem der Verband in weiteren
fünf Orten Eingang gefunden hat, und zwar in Guttfeld,
Weslau, Köffel, Rastenburg und Nikolaiten. Köffel ist allerdings
gleich nach der Gründung wieder eingegangen; es fehlte dort
an Kollegen, welche imstande waren, die Führung zu über-
nehmen. Der leidige Alkoholgenuß tat auch hier seine Wir-
kung. Von den älteren Zahlstücken ist Soldau eingegangen.
Die dortigen Kollegen bejaßen zu wenig Rückhalt, um den
Unternehmern die Stirne zu zeigen, welche den Austritt aus der
Organisation verlangten. Andererseits aber auch fehlte es dort
ebenfalls an Kollegen, die die nötige Energie besäßen, um die
Interessen ihrer Berufskollegen wahrzunehmen.

Die Mitgliederzahl ist trotz der Vermehrung der Zahlstellen
gegen das Vorjahr zurückgegangen. Im Verwaltungs- resp. Zahl-
stellen bestehen am Jahreschluss 19 gegen 16 im Vorjahre. Die
Mitgliederzahl am Schluss des 4. Quartals 1908 betrug 1633,
gegen 1728 im Vorjahre. Der Rückgang der Mitglieder ent-
fällt allein auf die Bauhilfsarbeiter, während die Maurer
und Zimmerer auf der alten Höhe geblieben sind. Man erzieht
hieraus, daß gerade bei den ungelerten Arbeitern der Organi-
sationsgedanke noch am wenigsten Fuß gefaßt hat.

Die schlechte wirtschaftliche Lage hat dann ferner dazu bei-
getragen, daß die Mitgliederzahl der Maurer und Zimmerer
nicht in die Höhe gegangen ist; ein großer Teil ist gegen Herbst
nach dem Ruhrgebiet gefahren, andere wieder mußten in andere
Berufe übergehen und gingen so der Organisation im Bezirk
verloren.

Wenn trotz der schlechten Konjunktur von einem neuem
werten Rückgang im hiesigen Bezirk nicht gesprochen werden
kann, so berechtigt dieses, sobald die Konjunktur besser wird,
an guten Hoffnungen.

War so nach außen hin kein Fortschritt an Mitgliederzunahme zu verzeichnen, so trat derselbe im Innern desto mehr in die Erscheinung. Ein großer Teil unserer Kollegen ist befestigt vom Idealismus für unsere gute Sache, insbesondere ist es bei den Vorstandsmittgliedern besser geworden. Die Opferwilligkeit hat ebenso zugenommen, läßt allerdings an einzelnen Orten besonders an älteren noch zu wünschen übrig.

Außerordentlich besser ist es mit der Geschäfts- und Kassensführung geworden. Das Vertrauensmänner- und Baudelegiertensystem hatte allerdings an den meisten Orten besser durchgeführt werden können, vielfach wird diese Einrichtung noch unterschätzt, andererseits liegt es daran, daß sich die Kollegen zu diesen Ämtern nicht hergeben, weil sie befürchten, sie würden, sobald sie etwas sagten, ihre Arbeit verlieren. Wo die Organisation stark und kräftig, die Mitglieder erzogen und geschult sind, sind solche Befürchtungen hinfällig. Deshalb, Kollegen, mehr gewerkschaftliche Selbsterziehung.

Das Beitragszahlen ist durchschnittlich genommen, pünktlicher geworden, der statutenmäßige Beitrag wird außer in zwei Verwaltungsstellen überall gezahlt. Gegen das Vorjahr ist die Beitragsleistung gestiegen, und zwar von 44,6 auf 49,1 Pf. pro Woche. Es ist dieses eine erfreuliche Erscheinung und beweist, daß die Opferwilligkeit bedeutend besser geworden ist.

An der allgemeinen Lohnbewegung, wozu die Hauptverhandlungen in Berlin geführt wurden, war der hiesige Bezirk nicht beteiligt, da die in Frage kommenden Unternehmer zum Teil nicht organisiert, zum Teil dem Bunde in Berlin nicht angeschlossen sind.

Im ganzen sind an der diesjährigen Lohnbewegung sechs Verbände mit 374 Kollegen beteiligt gewesen. In Heilberg und Guttstadt wurden unsere Kollegen ausgesperrt, im ersten Orte kam es am dritten Tage zum Tarifabschluß, der für 1909 eine Lohnerhöhung von 2 Pf. pro Stunde vorsieht. In Guttstadt verlangten die Unternehmer den Austritt aus der Organisation, was den Herren indessen nicht gelang und der Erfolg ihrer Aussperrung war die Abschaffung der 12stündigen Arbeitszeit und eine Erhöhung des Stundenlohnes dahin, daß bei 11stündiger Arbeitszeit derselbe Lohn gezahlt wird, wie bei 12stündiger.

In Bischofsburg wurde in einen Streik eingetreten, welcher mit einem vollen Siege unserer Kollegen nach eintägiger Dauer endete. Die Maurer und Zimmerer erreichten eine Lohnerhöhung von 5 Pf., die Arbeiter 8-10 Pf. pro Stunde, ebenso wurde die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden gekürzt und ein Vertrag abgeschlossen. In Wartenburg erreichten unsere Kollegen ohne Streik eine Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde. In Reichenburg mußte es zum Kampfe kommen, da die Unternehmer jedes Unterhandeln frech von der Hand wiesen. Der Streik setzte erst am 17. August ein, weil früher die Konjunktur nicht dazu angetan war. Die Unternehmer sind hier nicht organisiert, dafür aber desto reicher, denn Geld spielt bei diesen Herren keine Rolle. Aus den Knochen der Arbeiter ist dieser Reichtum herausgeschunden. Dieserhalb auch der Herrenstandpunkt: wir verhandeln mit keinem Verband usw. Nach 2 1/2wöchiger Dauer mußte der Kampf abgebrochen werden, weil über 60 Streikbrecher sich eingefunden hatten. Das Sozialistengefühl fehlt hier in dieser Gegend den Kollegen, sie glauben, der Meister sei ihr Herr und Gebieter, gegen den niemand etwas sagen dürfte. Aber ein großer Teil der Reichenburger Kollegen hat jedenfalls aus dem Kampfe eine Lehre gezogen, daß Aufklärung hier unter den Kollegen das beste Mittel ist, um erfolgreich der Halsstarrigkeit solcher alter Zunftmeister entgegenzutreten. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Tappan. Die Kollegen, welche bei der Ostr. Landesbesserungsanstalt in Beschäftigung stehen, sind sämtlich organisiert und wäre es leicht gewesen, eine Lohnerhöhung durchzusetzen, wenn nicht die Kollegen, die bei den Unternehmern arbeiten, von der Organisation zum großen Teil nichts wissen wollten. Derselben spielen Verräter an ihrer eigenen Sache, nur um bei den Unternehmern lieb Kind zu sein.

Ueber den Umfang und Tendenzen der Arbeitgeberverbände kann nichts Neues gesagt werden, weil dieses im vorjährigen Bericht eingehend geschehen ist. Ebenso ist das Verhältnis zu den konfessionellen Arbeitervereinen und die Betätigung in denselben zu gebühren. Der Eintritt in die katholischen Arbeitervereine kann so lange nicht empfohlen werden, wie in denselben die Fachabteilungs Idee propagiert wird. Die Betätigung in den evangelischen Arbeitervereinen ist von Seiten unserer Mitglieder in Königsberg besser geworden.

Das Verhalten der sozialdemokratischen Organisationen war im Laufe des Jahres ebenso gemüht, wie in den früheren Jahren. Erst in letzter Zeit haben die gemeinen Verleumdungen und Beschimpfungen gegen die Führer unserer Bewegung etwas nachgelassen, weil sonst ein gemeinsames Vorgehen bei der diesjährigen Lohnbewegung in Königsberg ausichtslos gewesen wäre.

Im Berichtsjahr wurden von den Bezirksleitern 111 Versammlungen und 33 Vorstandssitzungen abgehalten, ferner fanden 4 Konferenzen statt und in 17 Fällen mußte die Abrechnung von den Bezirksleitern gemacht werden. Lohnbewegungsreisen wurden 38 unternommen, und 14 mal fanden Unterhandlungen mit den Arbeitgebern statt. Ebenso wie der mündliche war auch der schriftliche Verkehr ein reger. Es gingen aus: 35 Telegramme, 20 Postanweisungen, 378 Briefe, 255 Postkarten und 144 Drucksachen. Der Posteingang war 223 Briefe, 183 Postkarten, 16 Telegramme und verschiedene Drucksachen.

Zum Schluß, Das verfloßene Jahr hat wohl manchen Kollegen enttäuscht, viele haben nicht das erreicht, was erreicht werden sollte. Die schlechte wirtschaftliche Konjunktur, die flauere Bautätigkeit begründen dieses von selbst. Auch der Verband im ganzen hat darunter gelitten, ca. 100 Mitglieder sind verloren gegangen. Diese müssen in diesem Jahre wiedergewonnen werden, allerdings nicht diese allein, eine große Anzahl Bauhandwerker und Hilfsarbeiter stehen der Organisation noch fern, und diese müssen für uns neu gewonnen werden. Die organisierten Kollegen dürfen die Wintermonate nicht vorbegehen lassen, ohne kräftig agitiert zu haben. Den unorganisierten muß klargemacht werden, daß gerade die schlechte wirtschaftliche Konjunktur, in der wir uns augenblicklich befinden, den Weg zur gewerkschaftlichen Organisation zeigt. Die gute Konjunktur muß ausgenutzt werden, um die Löhne zu steigern, dann aber auch müssen überall Verträge abgeschlossen werden, damit die Löhne nicht gekürzt werden können.

Was die Aussichten über die Bautätigkeit in diesem Jahre anbelangt, so wird dieselbe aller Voraussicht nach in den meisten Orten besser werden. Anjänge hierzu zeigen sich in Königsberg, Allenstein und Braunsberg. Im großen und ganzen genommen wird es aber wohl Hochsommer werden, bis die Krise überwunden ist. Hoffen wir, daß alle unsere Wünsche diesbezüglich in Erfüllung gehen.

Meinen besten Dank allen denjenigen, welche an dem Ausbau unserer Organisation mitgewirkt haben. Mögen dieselben dieses auch im neuen Jahre tun, und noch weitere wackere Mitarbeiter und Kämpfer heranziehen.

Die Gewinnung neuer Mitglieder muß vor allem in den Vordergrund treten, denn wer die Massen hat, der hat die Macht. Darum nicht müßlos, sondern formmächtig streben, das muß das Ziel eines organisierten Kollegen sein. Darum rufe ich euch zu: „Wachmärts, Kollegen,

Wo ein Wille, da ist ein Weg,
und nur dem Mutigen gehört die Welt!“
Aug. Schöneltz, Königsberg-Wohn, Langgasse 10 II.

Rundschau.

„Arbeitervereinigungen in Baden“. Unter diesem Stichwort schreibt die „Kölnische Zeitung“ aus Baden: „Mit der fortschreitenden Industrialisierung unseres Landes geht eine Zunahme der Arbeiterorganisationen Hand in Hand. Nach dem letzten Jahresbericht der Fabrikinspektion beträgt die Zahl der in gewerblichen Betrieben unseres Landes beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen über 200 000; von diesen gehören nach Ausweis der amtlichen Statistik gegen 120 000 irgendeiner Arbeitervereinigung an. Die Höchstzahl von Arbeitern umfassen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiterverbände mit 767 Zweigvereinen (Zahlstellen, Ortsvereine usw.) und 85 833 Mitgliedern. Im Vordergrund der Gewerkschaften stehen die sogenannten freien, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angegliedert sind, mit 58 500 Mitgliedern; an zweiter Stelle stehen die sogenannten unabhängigen (neutralen) Verbände gewerkschaftlichen Charakters mit 13 927 Mitgliedern. Die meisten darunter gehören dem hiesigen Eisenbahnerverband an, der heute 60 Zahlstellen mit 10 600 Mitgliedern umfaßt. Außerordentlich rasch hat sich in unserm Lande der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften (Sitz in Köln) entwickelt, dessen Mitgliederzahl sich in den letzten zehn Jahren fast verdoppelt und nunmehr 10 000 Mitglieder erreicht hat. Auffälligerweise ist der Mitgliederstand der deutschen Gewerk-

vereine kirchlich-demokratischer Richtung im letzten Jahrzehnt fast gleich geblieben; die Zahl der Ortsvereine hat sich um vier, die der Mitglieder um 224 vermehrt. Katholische Arbeitervereine gibt es 156 mit 21 328 Mitgliedern, katholische Gesellenvereine 54 mit 8588 Mitgliedern, evangelische Arbeitervereine 86 mit 4301 Mitgliedern. Dem Verband hiesiger Arbeiter-Ortsvereine gehören 44 Vereine mit rund 7000 Mitgliedern an. — Ein ehrendes Zeugnis für die christlichen Gewerkschaften, zugleich ein Beweis für deren Werbefähigkeit.

Sind Kostgänger bei Gemeindevahlen wahlberechtigt?

Diese Frage ist durch einen Wahlprotest der nationalliberalen Partei in Herne gegen die daselbst am 18. und 19. Dezember v. J. getätigte Gemeindevahl der dritten Klasse aufgeworfen worden. Der Protest streift den Kostgängern dieses Recht ab, da sie nicht selbstständig seien bzw. eine selbstständige Wohnung nicht hätten, die als gesellschaftliches Erfordernis zur Wahlberechtigung gilt. Durch aber, daß man die Kostgänger und Schlafstelleninhaber zur Wahl zugelassen habe, sei ein falscher Durchschnittswert ertrag ermittelt worden. Der Magistrat der Stadt hatte die Rechtsgutachten zu der Frage eingeholt. Dasselbe besagt, daß der Begriff der Selbstständigkeit der Kostgänger nicht klar genug sei, um diese von der Wahl auszuschließen. Nicht nur in Herne, wo über 1500 Kostgänger in der Liste geführt werden, sondern auch in den Nachbarstädten habe man die Kostgänger zur Wahl zugelassen, weil man sie im Sinne des Gesetzes für selbstständig erachte. Die Verfügungsbefugnis über die Räume, die man zu zweien und dreien gemietet habe, stehe ausschließlich den Kostgängern zu; sie unterscheiden sich nur dadurch von den sog. „moblierten Herren“, daß ihnen jeden Tag gekündigt werden könne. Obgenannte Partei gibt sich mit diesem Bescheid nicht zufrieden, will vielmehr einen Entschaid der höchsten Instanzen herbeiführen. Das kann nur wünschenswert sein. Sollte eine zuungunsten der „Kostgänger“ ausfallen, die nur deshalb nicht wählen sollen, weil sie im Gegensatz zum „moblierten Herrn“ zwei oder drei auf einem Zimmer wohnen, dann muß eben das Gesetz geändert werden. Das elendeste aller Wahlsysteme ist jetzt schon eintausendmal, als daß nur auch noch wirtschaftliche Steuerzahlern das Recht zum Wählen geraubt werden sollte. Manchen scheint das nicht unlieb zu sein.

Die Werkspensionskassen in der Großindustrie haben in

letzter Zeit vielfach die Dessehnlichkeit bestreitet. Von den Arbeitern wird besonders geklagt über den mit der Auflösung des Arbeitsverhältnisses — ob freiwillig oder unfreiwillig — verbundenen Verlust aller bisher erworbenen Rechte. Eine Reihe von Prozessen, so in Essen, Dortmund, Aachen, Saarbrücken, Pflanzungen u. a. sind schon von Arbeitern in dieser Sache gegen Pensionskassen geführt worden. In Rheinland haben die Landgerichte die Klagen entlassener Arbeiter auf Rückzahlung der geleisteten Beiträge abgewiesen, während das Landgericht in Esslingen die betr. Firma zur Auszahlung der geleisteten Beiträge verurteilt hat. Namentlich hat der christliche Metallarbeiterverband Deutschlands (Sitz Duisburg), der schon auf seiner vorjährigen Generalversammlung in München zu der Frage Stellung nahm und ein gesellschaftliches Eingreifen forderte, eine Petition betr. Werkspensionskassen an den Reichstag und Bundesrat gerichtet, welcher das auf der Münchener Generalversammlung erstattete Referat sowie eine ausführliche Begründung beigegeben ist. Am Schluß der Petition heißt es:

Will man den in Arbeiterkreisen wegen der Werkspensionskassen entstandenen Mißmut beseitigen und ihren begründeten Ansprüchen gerecht werden, so müssen, wie schon betont, gesellschaftliche Unterlagen geschaffen werden. Hierbei ist darauf zu sehen, daß 1. gegenüber der Beitragsleistung dem Arbeiter eine entsprechende Gegenleistung geboten wird, 2. die Ansprüche der Arbeiter auf Pension völlig sichergestellt werden, daß beim Uebertritt des Arbeiters aus dem einen in den anderen Betrieb die Anrechnung der früher geleisteten Beiträge bei der Kasse des neuen Arbeitgebers erfolgt, oder die bereits erworbenen Pensionsansprüche an die Kasse gemäß, oder aber die geleisteten Beiträge zurück zu erstatten sind, 3. die Beteiligung der Versicherten an der Verwaltung vorgezogen und 4. die Arbeiterpensionskassen dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterstellt werden.

Folgen des Wohnungsmanuels. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Leuchern geschrieben:

dernen oder rekonstruierten alten Stil festlegen zu wollen. Denn abgesehen davon, daß in der Regel unser erstes, von der Not diktiert Postulat, billigt zu bauen, verbleibt würde, wäre einer weiteren Forderung, nämlich die Behausung den sozialen Verhältnissen des Bewohners anzupassen, schlecht gedient. Man denke sich nur einen Malachitenschlosser in einem gotischen Bau, oder einen Textilarbeiter in einem romanischen wohnend, und man wird ohne weiteres verstehen, daß ein solcher Widerspruch im gefunden Empfinden des Bauherrn ebenso wie in dem des Bewohners keine bauernde Befriedigung schaffen kann. Das Beispiel mag als Uebertreibung gelten, aber dennoch ist es berechtigt, da tatsächlich manchmal nach dieser Richtung schwer geklagt wird. Der Arbeiter wird sich in einem Hause, das seiner Stellung im Gesellschaftskörper so wenig entspricht, nie heimisch und behaglich fühlen, und der Beschauer wird sich schwer des Spottes enthalten können.

Der von Architekten gelegentlich erhobene Einwurf, daß es schwierig sei, den für bestimmte Gegenden oder Verhältnisse einmal als praktisch und unübertroffen befundenen Typ des Arbeiterhauses künstlerisch auszugestalten, ist an sich berechtigt. Wo eine Bauweise geschaffen, die der Erfahrung nach allgemein als zweckdienlich gelten muß, da mag es oft schwerhalten, dem Nützlichen das Schöne zu verbinden, und faisch wäre es hier, künstlerischen Wirkung zuliebe, den Bauplan in einschneidender Weise abzuändern. Andererseits wird es aber gerade den strebsamen Baukünstler reizen, nach Form und Farbe auch da noch wenigstens das relativ Schöne zu finden, wo ihm die nüchternen Zweckmäßigkeit unabänderliche Grundformen darbietet. Angeben sei hier nur, daß sich schon durch die verschiedene Stellung des Hauses zum Straßenzuge, ob in Giebel-, Balken- oder Schrägfront, oft gute, die Eintönigkeit durchbrechende Effekte erzielen lassen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Kunst in der Außenarchitektur des Arbeiterhauses sich in den Grenzen der Wirtschaftlichkeit halten muß, daß sie, angepaßt der sozialen Stellung des Arbeiters, nie zum Sinnwidrigen, Ueberwiegenden greifen darf und möglichst im Dienste der Heimatpflege stehen soll. Konzeptionen auf Kosten strenger Zweckmäßigkeit sind immer verwerflich. Als selbstverständlich mußte es gelten, alle Halbheit und Kunstfeiarbeit zu vermeiden, denn nur Ganzes und Gebiegenes hat hier wie überall Anspruch auf den Begriff Kunst!

Außenarchitektur des Arbeiterhauses.

Die Bestrebungen zur Lösung der Wohnungsfrage für den Arbeiterstand und diesem sozial gleichstehende Kreise haben sich nicht darauf zu beschränken, dem Unterkunftsbedürfnis in hygienischer und moralischer Hinsicht einwandfreie Behausungen zu beschaffen, die seinen Einkommensverhältnissen entsprechen, sondern sie sollen auch, wenn freisch in zweiter Linie, der äußeren und inneren Ausstattung des Arbeiterhauses nach den Regeln der Schönheit und der Kunst ihre Fürsorge zuwenden.

Was nun zunächst die Fragen anbelangt, wiefern eine diesbezügliche Einwirkung auf das Aussehen des Arbeiterhauses möglich ist, wo die Grenzen eines dahingehenden Strebens liegen, so ist es in erster Linie das wirtschaftliche Moment, das unser Wollen beschränkt. Die zur Verfügung stehenden Mittel sind fast ausnahmslos knapp bemessen, es gilt daher möglichst auf Bege zu sinnen, durch die der Kostenpunkt des Wohnhauses gar nicht oder doch nur in geringem Maße beeinflusst wird. Da läßt sich nun bei knapperständiger Bauleitung, ohne das Zweckmäßige zu vernachlässigen, mit Gegebenem zu rechnen weiß, vieles erreichen. Die Einseitigkeit der Gesamtaufgabe, unterstützt durch glückliche Massenverteilung, führt dem Ziele schon näher. Das richtige Verhältnis der Raumverhältnisse zur Fenster- und Lüftung, sowie zur Höhe des Daches, der Abfallwinkel und die Ausladungen dieses, die Beachtung der Sichtwirkung von außen und nach innen, das alles sind stützende Faktoren, die ohne Nachforderungen an Bauspenden den Wunsch nach Schönheit mit erfüllen können. Aber auch die lokale Lage des Hauses ist mit in Betracht zu ziehen. Auf dem Lande ist eine andere Bauweise am Plage wie in der Stadt, im Tale und in der Ebene eine andere wie auf der Höhe, im Grünen eine andere wie im Steingewand des Zauberviertels. Von größter Bedeutung ist zudem die Art der Verwendung vorhandener Baumaterialien. Hier liegt der entscheidende Punkt für die Erhebung der Höhe der Gesamtaufgabe. Wo seit alters ein durch natürliches Fortkommen oder durch verehrte Ueberlieferung allgemein bewährtes und beliebtes Baumaterial sich eingebürgert hat, wie z. B. Bruchstein und Schiefer am Rhein, Backstein und Ziegel in Norddeutschland, da wird der einsichtsvolle Baumeister ohne Grund jedenfalls nicht von der Verwendung dieser Stoffe absehen, um so mehr nicht, als sie in der Regel einen hochkünstlerischen Charakter bedingen.

Das Charakteristische eines solchen soll aber, solange es die Verhältnisse eben gestatten, beibehalten, und wenn angängig, mit zur Verarbeitung gelangen, wo eine Modernisierung des Alten zum Gebot wird. Von rein wirtschaftlicher Seite betrachtet, ist die Verwendung überkommener Bauformen zudem deshalb besonders empfehlenswert, weil der ortsrätige Maurer und Zimmermann mit deren Herstellung wohl vertraut zu sein pflegt, was eine Ersparnis an Zeit und damit eine Minderung der Baukosten bedeutet. Beim Einfamilienhaus, wie es auf dem Lande fast durchweg noch besteht, ist es zweifellos ohne bei weitem leichter, den landesüblichen Bau zu pflegen als beim Zwei-, Drei-, Vier- und Mehrfamilienhaus der Großstadt oder der Arbeiterkolonie, die mit den Grundpreisen rechnen muß und daher leider oft zur Erleichterung von „Kajernen“ gezwungen wird. In solchen Fällen ist naturgemäß die Pflege der Heimatkunst übel daran. Ohne Not sollte jedenfalls nicht vom alten Baustil der betreffenden Gegend abgegangen werden, wie denn auch eine Verpflanzung fremder Baumaterialien, was infolge der hochentwickelten Verkehrstechnik heute ja ein Leichtes ist, nicht ohne Grund erfolgen sollte. Hier müßte der oft geradezu erstaunliche Schematismus unserer Bauakademien durch ein mehr künstlerisches und menschliches Verstehen dieses und jenes Landstriches, hinsichtlich seiner Geschichte, Eigenart und sonstigen Verhältnisse, entschieden gemildert werden.

Eine dankbare Aufgabe für den Baumeister im besten Sinne ist es auch, für Gegenden, die keine ausgeprägte Bauweise besitzen, weil ihnen außer Holz, Lehm und Stroh fast jedes Eigenmaterial fehlt, wie z. B. streckenweise Ost- und Westpreußen, ein dem Charakter der Gegend sich einordnendes Arbeiterwohnhaus neu zu schaffen, wenn die vordringende Industrie zur Lösung der Wohnungsfrage drängt. Hier Warte und müßte sogar eine Verpflanzung fremder Baumaterialien stattfinden, da Behausungen, wie es unter anderem das aus Holz und Stroh erbaute russische Wohnhaus mit seinen Behnwindfällungen darstellt, weder in hygienischer noch künstlerischer Hinsicht Anspruch auf Minderwertigkeit machen können. Um im übrigen ein wirtschaftliches Moment anzudeuten für möglichst Benutzung bodenständigen Baumaterials, sei des materiellen Vorteils gedacht, der dem eigenen Landstrich aus der gewerblichen Verwertung seiner Rohstoffe erwächst.

Durchaus verwerflich wäre es weiterhin, beim Bau von Arbeiterwohnungen sich auf einen gekünstelten ma-

In unserm im Zentrum des mitteldeutschen Braunkohlreviers gelegenen Städtchen herrscht ein außerordentlich Wohnungsmangel, mit dem sich auch die jüngste Stadterordnetenversammlung beschäftigt hat. Der Bürgermeister erkannte an, daß der Wohnungsmangel große Schwierigkeiten bereitet; der Magistrat nehme auf ihn auch bei Neubesehung städtischer Beamtenstellen insofern Rücksicht, als er nur noch uneheliche Bewerber einstelle, weil ja für verheiratete doch keine Wohnung zu finden wäre. In der Bürgererschaft hat man diese Mittelmaßung teils mit Heiterkeit, teils mit Unmut aufgenommen, denn man ist vielfach der Ansicht, daß eine Stadtverwaltung die Pflicht habe, gegen solchen Wohnungsmangel mit wirksamen Maßnahmen vorzugehen und sich nicht an solchen kuriosen Ausweg genügen zu lassen. Was wird dann, wenn die unehelichen Beamten von Teufeln sich unter den Töchtern der Stadt ein Weib erkiesen? Soll da das Heiraten aus Wohnungsmangel unterbleiben?

Das wohl nicht, denn Raum ist in der Kleinsten Hütte usw. Wer wir könnten es ja auch bequemer machen, wir haben ja genug arbeitslose Bauhandwerker. Die Hauptsache ist, die Hand vom Portemonnaie.

Ausländische Arbeiter in Preußen. Vom 1. März d. J. an müssen sämtliche ausländische Arbeiter, die ein Arbeitserhältnis in Preußen eingehen wollen, mit Zulandlegitimationen versehen sein, die von besonders dazu bestimmten Grenzämtern sowohl für die vom Auslande her die Grenze überschreitenden, wie auch für die schon im Inlande weilenden Arbeiter ausgestellt werden. Die preussischen Bestimmungen über die Zulandlegitimation der ausländischen Arbeiter, die von einer Anzahl der übrigen Bundesstaaten übernommen haben, erfolgen den Zweck, den Behörden eine wirksamere fremdenpolizeiliche Kontrolle der ausländischen Arbeiter, des fluktuierenden Teiles, zu ermöglichen und andererseits auch den Arbeitern die Führung ihrer Legitimation und den Nachweis zu erleichtern, daß sie ein früheres Arbeitsverhältnis vertragsgemäß gelöst haben. Die Bestimmungen sind im vergangenen Jahre zunächst für die aus Rußland und Oesterreich-Ungarn sowie deren Hinterländern kommenden Arbeiter eingeführt worden, weil sich die erforderliche Organisation an den östlichen Landesgrenzen durch Benutzung der vorhandenen Einrichtungen am leichtesten einrichten ließ. Die Ausdehnung der Maßnahmen auf sämtliche ausländischen Arbeiter ist aber von Anfang an ins Auge gefaßt gewesen, um damit eine ungleiche Behandlung der Arbeiter der verschiedenen fremden Staaten zu vermeiden.

Was geht im Siegerland vor? Aus Anlaß der Reichstagswahl (Landwahl) im Siegerland hat sich ein Streit zwischen der Siegerer nationalliberalen Zeitung und einigen Parteiführern der gleichen Partei entfaltet. Dieser Streit in sich ist uns vollständig gleich, er geht uns nichts an. Uns interessiert nur eine Auslassung genannten Blattes, die es seinen Parteiangehörigen zum Vorwurf macht, und sagt:

„Man steht z. B. nicht auf der Straße oder auf der Siegbühne und setzt seinem Gegenüber auseinander, daß es jetzt bald nötig wäre, dafür zu sorgen, daß die Arbeiterorganisationen nicht zu mächtig werden, und das alles zu einer Zeit, in der eine große Zahl von Arbeitern vorübergeht.“

Es wäre gewiß interessant zu erfahren, aus wessen Mund derartige Äußerungen kamen. Das ließe ein Urteil über deren Tragweite zu. Unsere Kollegen und die Siegerländer Arbeiter können auf der Hut sein, denn aus dieser Stimme ist zu schließen, daß ein Anschlag auf die Organisation geplant ist.

Wer hat Geld zu verschenken? Wie wir einem Verbandsbericht des sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes, Zweigverein Leipzig, entnehmen, beschloß die Versammlung, die dem Volkshaus übergebene Summe von 9000 M vom Kassenbestand zu streichen.

Das kann mit anderen Worten doch nur heißen, wir schenken diese Summe dem Volkshaus (sozialdemokratisches Partei- und Gewerkschaftshaus).

„Kuddelmuddel“-Bestrebungen. Nunmehr machen sich auch im sozialdemokratischen Zimmererverband Stimmen bemerkbar, die auf eine Verschmelzung sämtlicher „freier“ Bauarbeiterverbände hindeuten. Wie wir der „Neuen Hamburger Zeitung“ vom 30. Januar d. J. entnehmen, beschloß eine Zimmererverammlung in Hensburg, bei Generalversammlung genannten Verbandes, die im laufenden Jahre stattfindet, folgenden Antrag zu unterbreiten:

„Der Zentralvorstand ist zu beauftragen, Schritte in die Wege zu leiten, um eine Verschmelzung der Verbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter herbeizuführen.“

Der Zweck des Antrages geht dahin, wie in der Begründung hervorgehoben wurde, einen großen Zentralverband aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter zu gründen. Auch die Arbeiter im Baugewerbe seien in einer einzigen Organisation zusammenzuschließen, und könne es nur von Vorteil für die Arbeiter sein, wenn sie diesem Beispiel folgten. Auf diesem Standpunkt stehen wir für unsere Organisationsrichtung schon immer, und haben ihn auch praktisch betätigt. Das machten uns aber die letzten Leute, die heute unserem Beispiel folgen wollen, zum Vorwurf, und bezeichneten uns als einen „Kuddelmuddelverband“. Weidlich benutzte sie das in der Agitation. Und nun? Wir werden uns das merken. Das aber solches im roten Zimmererverbände, dem am zünftigsten angehauchten, möglich ist, ein braunes Zeichen der Zeit.

Ein sozialdemokratischer Zentralverband der Jugendlichen? Nachdem soeben die erste Nummer der neuen sozialdemokratischen Jugendzeitung herausgegeben worden ist, wird in der neuen Zeit die Gründung eines sozialdemokratischen Zentralverbandes der Jugendlichen vorgeschlagen. Mit Rücksicht auf das Vereinsgesetz soll diese Jugendorganisation so eingerichtet werden, daß sie nur als Gewerkschaft betrachtet werden kann. Die gewerkschaftliche Form soll gewählt werden, insofern, als die einzelnen Kreise in diesem geplanten Zentralverband besondere Sektionen über sollen, die sich wiederum über das ganze Reich mit lokalen Unterabteilungen erstrecken können. Es wird vorgeschlagen, die verantwortlichen Posten älteren Personen zu übergeben, dagegen den Jugendlichen sonst die größte Selbständigkeit eingeräumt werden.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperit sind: die Firma Benzen in Venrath b. Düsseldorf, die Firma Govers in Neuenkirchen b. Rheine, wegen Nichterhaltung des Tarifvertrages, Hannover (Stuttgarter). Zugun fernzuhalten.

Bezirk Pfalz-Saar.

Saarbrücken, den 7. Februar. Der im Jahre 1908 abgeschlossene Tarif im Baugewerbe wurde seitens der Arbeiter am 21. Dezember vergangenen Jahres geründigt. Daraufhin

ging vom Arbeitgeberverband für das Baugewerbe folgende Antwort ein:

Arbeitgeber-Verband für das Baugewerbe und die verwandten Betriebe im Saargebiet. Sitz Saarbrücken. Eingetrag. Verein. Saarbrücken, den 4. Februar 1909. Bureau: Hohenzollernstr. 105.

An den Zentralverband christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter, Ortsgruppe Saarbrücken und St. Jungert, s. O. des Herrn Veltum, Malstatt-Burbach.

In weiterer Beantwortung Ihres Schreibens vom 31. Dezember 1908, betreff. Kündigung des Maurertarifs vom 16. 6. 08, geben wir nachstehend höflichst den Wortlaut eines einstimmig gefaßten Beschlusses unserer gestrigen, zahlreich besuchten Generalversammlung bekannt:

„Die heutige Generalversammlung nimmt Kenntnis von der Kündigung des Maurertarifs vom 16. 6. 08 durch die Gewerkschaften und stellt zunächst fest, daß im ganzen Saargebiet augenblicklich fast gar keine Bautätigkeit herrscht, auch die Aussichten für das kommende Jahr noch recht unsicher sind, und beschließt, für 1909 mit den Gewerkschaften keinen neuen Vertrag zu tätigen, auch nicht auf eventl. Wunsch der Gewerkschaften selbst, sondern nur den wirklich leistungsfähigen Leuten den bisherigen Höchstlohn von 52 Pf. weiterzuzahlen und die 10stündige Arbeitszeit beizubehalten.“

Eine Verschlechterung in den seitherigen Verhältnissen der Maurer soll dadurch nicht eintreten.“

Hochachtungsvoll
Der Vorsitzende: A. Schmitt, Baugewerksmeister.
Die Geschäftsstelle: Dille, Generalsekretär.“

Wir werden in nächster Zeit zu dieser Antwort Stellung zu nehmen haben. Immerhin können die Kollegen jetzt schon erkennen, wohin die Kesse gehen soll.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Bauorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Ein ungetreuer Kassierer. Der Hilfskassierer Wendig aus Schießlitz bei Danzig veruntreute 97 M Verbandsgeelder. Er erhielt sechs Wochen Gefängnis.

Maurer.

Aachen. Eine der Hauptaufgaben der Arbeitervertreter in der Arbeiterversicherung besteht darin, ihren Arbeitskollegen bei schwierigen, aus der Arbeiterversicherung sich ergebenden Fällen Ratschläge zu erteilen, damit der einzelne besser in der Lage ist, seine Rechte zu wahren. Die hiesige Arbeitervertreter-Vereinigung hat daher für die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften jeden vierten Sonntag im Monat von 11-12 Uhr auf dem Bureau der Ortsgruppe des christl. Textilarbeiter-Verbandes, Pontstr. 66, eine Auskunftsteilung eingerichtet. Die Vorstandsmitglieder der einzelnen Krankenkassen, die Gewerbegerichtsbeisitzer und andere Arbeitervertreter sind dortselbst anwesend. Wir richten deshalb an unsere Mitglieder das Ersuchen, bei vorkommenden Fällen von dieser Einrichtung Gebrauch zu machen. An alle diejenigen Kollegen, welche durch das Vertrauen ihrer Mitarbeiter zu einem Ehrenamte in der Arbeiterversicherung berufen sind, richten wir den dringenden Appell, ihr Wissen auf dem Gebiete der Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung zu erweitern. Am besten geschieht dieses durch eifrigen Besuch der Versammlungen der Arbeitervertretervereinigung.

Beetendorf. Am 17. Januar tagte unsere Mitgliederversammlung. Kollege Partei referierte über Zweck und Ziele der christlichen Organisation. Mit warmen Worten feuerte er die Kollegen zu eifriger Agitation an. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Friedrich Schulz als Vorsitzender, Kollege Friedrich Arnold als Kassierer und W. Jesett als Schriftführer. Zu Revisoren die Kollegen Fr. Schneider und August Venz. Unsere Zahlstelle, die am 13. Dezember v. J. gegründet wurde, entwickelte sich ganz gut. Auch in unserer heutigen Versammlung haben wir einen weiteren Zuwachs erfahren.

Donauskau. Am 24. Januar fand die Generalversammlung unserer Verwaltungsteile statt. Kollege Aurburger gab einen Rückblick über das vergangene Jahr und geißelte den schlechten Versammlungsbesuch einiger Kollegen, die es das ganze Jahr hindurch nicht der Mühe wert finden, die Versammlungen zu besuchen. Es wurden 10 Versammlungen und 2 Vorstandssitzungen abgehalten. Kollege Seyller gab den Kassenbericht. Gesamteinnahme: 486,75 M. Davon entfallen auf die Hauptkasse 349,04 M, Ausgaben für die Hauptkasse 61,05 M, mithin an diese abgeliefert: 287,99 M. — Ausgaben der Vorkasse: An die Bezirkskasse 54,85 M, geschäftliche Unkosten 54,08 M, verbleiben somit inkl. 34,59 M Kassenbestand von 1907 der Vorkasse 63,37 M. Es wurde dem Kassierer für seine gute Stoffführung volle Anerkennung ausgesprochen. Gewählt wurden Josef Aurburger als 1. Vorsitzender, Franz Aurburger als 2. Vorsitzender, Josef Seyller als Kassierer, Josef Stubenrauch als Schriftführer, Josef Brunner und Josef Ketterl als Revisoren. Als Hauskassierer wurden gewählt Josef Ehrenthaler und Johann Seyller. Auch wurde beschlossen, den Hauskassierern von der Beitragsmarke 3 Pf., im Winter für das Austragen der „Baugewerkschaft“ 2 Pf. pro Woche zu zahlen. Zum Schluß dankte noch Koll. Aurburger allen, die uns im vergangenen Jahre in Wort und Schrift unterstützt haben, und forderte die Kollegen auf, besonders jetzt, da unser Vertrag heuer abläuft, fest und treu in der Gewerkschaft mitzuarbeiten.

Erzgebirge, Taunus. Am 17. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt, welche ziemlich besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Bericht des Delegierten von der Versammlung in Limburg, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 erstattete Kollege Johann Meurer einen umfangreichen Konferenzbericht und schloß daran einen kleinen sachlichen Vortrag. Vor allem forderte er die Kollegen auf, bei flauer Konjunktur dem Verbande nicht den Rücken zu kehren, wie es in diesem Jahre vielfach geschehen sei. Die Kollegen sollten fest sein in dem Vertrauen zu ihrer Organisation, auch in schlechten Zeiten und schweren Stürmen, auch die Gefahren nicht achten, welche ihnen um die Ohren sausen, sondern feststehen wie eine Mauer; dann würden sie auch in besseren Zeiten vereint wieder Siege erringen. Abschluß forderte Redner die zugereisten Kollegen auf, sich doch sofort anzumelden, wenn sie aus der Fremde in die Heimat kämen. Oft seien sie schon wochenlang zu Hause, dann kämen sie auf einmal und sagen, ja, ich telefoniere gar keine Zeitung, und dabei haben sich die Kollegen noch gar nicht angemeldet. — Als erster Vorsitzender wurde Kollege Moritz Dorn, als zweiter Vorsitzender Kollege Franz Röhle, als Schriftführer Kollege Johann Meurer und als Kassierer Kollege Johann Wöh gewählt. Sämtliche Kollegen nahmen das Amt an und dankten den Kollegen für das in sie gesetzte Vertrauen. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen in reger Weise. Zum Schluß ermunterte Kollege Meurer alle Mitglieder, daß sie fest und treu zu ihrem Verbande halten und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die christliche Gewerkschaft.

Godesberg-Blittersdorf. Am 23. Januar fand in Blittersdorf eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Kollegen Wundhagen geleitet. Kollege Lange hielt einen interessanten Vortrag über den gegen-

den Rechtsschutz der Tarifverträge. U. a. führte er aus: „N. Tarifverträge sind neueren Datums. Zur Zeit der Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuches kannte man die Tarifverträge noch nicht. Daher ist damals diese wichtige Frage des Rechtsschutzes resp. Tarifrechtes nicht berührt worden. Gerade jetzt macht sich der Mangel des Rechtsschutzes der Tarife bemerkbar. Ohne Verletzung des öffentlichen Rechtes können die Unternehmer die Tarife brechen, was leider sehr viele machen. Einen gewissen Schutz der Tarife bedeute die Stellungnahme der meisten Gewerbegerichte. Diese erkennen die Tarifbestimmungen als örtlichen Gebrauch an und urteilen danach. Die Gewerbegerichte, welche durch die Praxis sich einen genaueren Einblick in das Verhalten gewisser Unternehmer verschaffen, haben erkannt, daß es eine große Gefahr bedeute, wenn dem einzelnen Unternehmer das Recht eingeräumt wird, das durch Mehrheit bzw. Gesamtheit Eingeführte durch private Abmachungen wieder hinfällig zu machen. Die Gewerbegerichte wissen, daß dieses zur Anarchie führen muß. Erfreulich sei es, daß der Juristentag im Jahre 1908 die Frage des Rechtsschutzes der Tarifverträge sehr ernsthaft diskutiert hat. Die Frage des Rechtsschutzes der Tarifverträge hängt zusammen mit der Frage der Rechtsschutzfähigkeit der Berufsvereine. Die Materie ist schwierig zu lösen. Den einzigen wirksamen Schutz der Tarife, d. h. die Innehaltung und Durchführung derselben bilden heute die Organisationen. Bei der guten Konjunktur war es ein Leichtes, die Unternehmer zur Innehaltung der Tarife zu zwingen, aber bei der heutigen schlechten Geschäftslage stellen sich große Schwierigkeiten in den Weg. Leider kommen auch die Godesberger Unternehmer ihren Pflichten nicht nach. Dieselben drücken sich, wo sie können. Der Verband hat durch die Sperre über das Geschäft Besten gezeigt, daß es ihm Ernst mit der Durchführung der Tarife ist. Wenn es nicht gelang, die Firma zu zwingen, dann lag das an dem Arbeitswilligen, die auch der Godesberger Arbeiterkraft im allgemeinen großen Schaden zugefügt haben. Gleichfalls hat auch die flauere Bautätigkeit mit dazu beigetragen, daß der Tarif nicht regelrecht durchgeführt werden konnte. Im kommenden Frühjahr muß indes von neuem wieder an die Durchführung des Vertrages herangetreten werden. — Die sehr schreien und im Winter Aufstufungen wurden mit großem Interesse verfolgt. In der Diskussion sprachen sich die beiden Kollegen König dahin aus, daß gefordert werden müsse, die Mitglieder wieder zu gewinnen, und ermahnten die Anwesenden, durch die Meinungen mitzuarbeiten, daß sich die Godesberger Bauarbeiter wieder allgemein dem Verbande anschließen. Auch müßten die Kollegen die Versammlungen gut besuchen, denn dieselben sind der Ort der Aufklärung sowie um sich neu zu begeistern und können auch Gelegenheit geben, Material für die Agitation zu sammeln. — Es wurde beschlossen, in Kürze eine Hausagitation zu veranstalten. Der Vorstand will die Adressen sammeln und in Bezirke einteilen. Dann sollen jedesmal zwei und zwei Kollegen die Unorganisierten in der Wohnung aufsuchen und für uns zu gewinnen suchen. Kollege Lange versprach Flugblätter zu diesem Zweck zu senden. Abschluß erfolgte Schluß der interessanten Versammlung.“

Kuhlfelde. Am Sonntag, 24. Januar, hielt unsere Zahlstelle ihre erste Versammlung im neuen Jahre ab. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Bevor in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten wurde, gebachte Kollege Partei (Salzwedel) des Geburtstages unseres Kaisers in einigen kurzen Worten. Der Kassenbericht ergab folgendes Resultat: Am 26. April 1908 wurde die Zahlstelle gegründet mit 9 Mitgliedern. Beim Abschluß des zweiten Quartals waren 12 Mitglieder vorhanden. Die Einnahmen betrugen 34,20 M., der Vorkassenbestand 4,23 M. Das dritte Quartal brachte eine Einnahme von 38,10 M., Vorkassenbestand 7,89 M., im vierten Quartal Einnahme 34,30 M. Durch nachbezahlte Reste steigt die Einnahme um 3,90 M. Vorkassenbestand 11,75 M. Mitglieder: 16. Bei der Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Ueber die ersten schwierigsten Zeiten waren wir glücklich hinweg. Das Jahr 1909 wird jedenfalls bessere Resultate zeitigen in hiesiger Gegend. Bis her klang das Wort „Christliche Gewerkschaften“ so fremdartig und unbekannt. Das hat sich mit der Zeit geändert, immer mehr wird sich in unseren Kollegentreifen die Erkenntnis Bahn brechen, daß sie zu uns gehören, und so wird hoffentlich das Jahr 1909 bessere Resultate zeitigen, wie das vergangene Jahr. Wer die örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse hiesiger Gegend kennt, muß immerhin vorstehendes Resultat als ziemlich günstig bezeichnen.

Niedlein b. Schweinfurt. Am 17. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab. Sämtliche Kollegen waren erschienen. Zur Tagesordnung stand: 1. Referat des Kollegen Behringer-Würzburg, 2. Kassenbericht, 3. Vorstandswahl. Kollege Behringer ließ die wichtigsten Ereignisse des vergangenen Jahres an unserem Auge vorüberziehen und forderte zu eifriger Agitation auf, damit wir die Wunden der Krise bald überwinden. Kollege Wegner gab den Kassenbericht für das vierte Quartal. Die Einnahmen der Hauptkasse betrugen 132,89 M., die der Vorkasse 33,67 M. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Kollege Dionys Lender, als 2. Vorsitzender Kollege Karl Keller, als 1. Schriftführer Kollege Joseph Keller, als 2. Koll. Karl Lender, als 1. Kassierer Koll. Johann Kraus, als 2. Koll. Georg Wolf, als Revisoren die Kollegen Joseph Bayer und Anton Gollbach, als Hauskassierer Kollege Johann Knaup. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl an und versprachen im Sinne der christlichen Gewerkschaft weiter zu arbeiten. Zum Schluß dankte der neugewählte Vorsitzende dem Kollegen Behringer für seinen so lehrreichen Vortrag, forderte sämtliche Kollegen auf zur künftigen Agitation und schloß mit einem Hoch auf die christlichen Gewerkschaften die schon verlaufene Versammlung.

Stettin, 25. Januar. Schon seit Jahren hat man sich mit dem Gedanken getragen, für Stettin und Umgebung eine Zahlstelle christl. Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter zu gründen. Am Sonntag, den 24. Januar, fand wieder eine öffentliche Versammlung statt, die sehr gut besucht war. Kollege Behringer aus Würzburg war zu derselben erschienen und sprach über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften. In klarer und verständiger Weise unterzog er die gegenwärtige Zeit einer Kritik und bewies, daß ohne Organisation der Arbeiter nichts bedeute. Nach den Ausführungen des Kollegen Behringer schlossen sich alle anwesenden Bauhandwerker dem Verbande an. Aus der Wahl des Vorstandes gingen hervor: erster Vorsitzender Peter Hock, zweiter Vorsitzender Georg Freund (Maurer), Valentin Pfeuffer, Kassierer, Johann Fied, Schriftführer, Johann Frey, Ambros Seyfried, Revisoren. Nach einem Appell an die neue Vorstandschaft wurde die Versammlung geschlossen.

St. Johann-Saarbrücken. Am Sonntag, den 17. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung der Verwaltungsteile statt. Vertreten waren 21 Zahlstellen, sowie unser Bezirksleiter, Kollege Veltum. Nicht vertreten waren die Zahlstellen: Bebelshelm, Eimersdorf, Fremersdorf, Hühlsbach, Lützelbach, Spichern und Schneckenhausen. Zur Tagesordnung stand: 1. Wahl des Vorstandes; 2. Geschäfts- und Kassenbericht; 3. Bericht der Zahlstellen; 4. Agitation; 5. Verschiedenes. Kollege Baque erklärte das Verwaltungsverhalten und die Zusammenfassung des Vorstandes. Aus der Wahl gingen folgende Kollegen einstimmig hervor: Vorsitzender: Joh. Spindling, Burbach, Brunnensstr. 13; Kassierer: S. Baque, Malstatt, St. Johann-Strasse 37; Schriftführer: Jol. Serwe, Büren; Revisoren: Paul Jend, Mitingen und Weisbach, Jünzingen; Beisitzer: Steinbauer, (Jünzingen), Urjchel (Kottweiler) und Wagner (Mehlingen). Ueber Punkt 2 referierte Kollege Baque. Die Spitze, die das Jahr

1908 den Bauarbeitern brachte, sind große zu nennen. Nur kurz- sichtige und solche, die wenig oder gar nicht mit den gegebenen Beiden und Verhältnissen rechnen, können unzufrieden sein. Die wirtschaftliche Krise, die auch im Saargebiet, wenngleich nicht in so starkem Maße, wie sonst wo, ihren Einzug hielt, suchte die Unternehmer zu ihren Gunsten auszunutzen. Vor allem waren es die Baugewaltigen vom Gips und Stuck, die den Gipsern eine Lohnreduzierung von 8 Pf. pro Stunde bitteren wollten. Eine Einsparung sämtlicher Gips- und Stuckfabriken im Saargebiet, die vier Wochen dauerte, sollte den Unternehmern den heißersehnten Erfolg bringen. Durch das Eingreifen unseres Verbandes wurde der Plan zunichte. Ein Vertrag über das ganze Saargebiet, mit einem Stundenlohn von 70 Pf. anstatt 62 Pf. war der Erfolg. Der Unternehmer Mitt in Dillingen erblickte in einer Arbeitsordnung sein Ideal; nach dreitägiger Sperre kam er zu einer anderen Ansicht. Der Saarbrücker Vertrag für Maurer fand sofortige Anerkennung. Etwas anders steht es dort an, wo die Kollegen dem Verbands den Rücken kehrten. In Landweiler, Schiffweiler usw. zahlten die Unternehmer aufst 62 Pf. (Tariflohn) 46, 48 und höchstens noch 50 Pf. pro Stunde. Die Kollegen wollten die 50 Pf. Beitrag pro Woche sparen. Die Unternehmer waren aber schon genug und steckten sie selbst in die Tasche. In den anderen Gebieten, hauptsächlich im Kreise Saarlouis, mußten die Kollegen die Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer verpflanden. Lohnreduzierungen im Hochsommer, von 30, 40 und 50 Pf., in einem Falle sogar 1,38 M., waren keine Seltenheiten. Viele Kollegen zogen hieraus die richtige Lehre! Die Mitgliedszahl stieg von 404 am Schlusse 1907, auf 872 im Berichtsjahre. Neue Bahnhöfe wurden gegründet 18. Neu eingeführt wurde der Leitband in 24 Orten. Von der Verwaltungsstelle Kaiserlautern wurden angeschlossen 5 Orte. An die Steinarbeiter abgetreten 7 Orte. Augenblicklich erstreckt sich die Verbreitung auf 70 Orte. Dem Kassierbericht, der gedruckt vorliegt und jedem Delegierten ausgehändigt wurde, entnehmen wir kurz folgendes: Die Gesamteinnahme beträgt 20 190,92 M. An die Zentrale abgeführt 10 347,51 M. An Unterstützungen wurden gezahlt 5027,71 M. Der Sozialfondsbestand beträgt 808,50 M. Der Tätigkeitsbericht liegt ebenfalls gedruckt vor. Eine rege Arbeit war vorhanden. Die Hauptarbeit erstreckte sich auf Rechtschutz. 795,41 M. wurden für die Kollegen an rückständigem Lohn, kündigungloser Entlassung, Krankengeld usw. zurückerstattet. Eingeklagt ist noch an ordentlichen Gerichten für 34 Kollegen die Summe von 1298,87 M. Der schriftliche Verkehr war äußerst lebhaft. Eingegangen sind täglich 5-6 Sendungen, ausgegangen dagegen 8-10 Sendungen. Durch diese immer mehr zunehmende Arbeit wurde die Geschäftsführung für die in dem Arbeitsverhältnis stehenden Kollegen unmöglich, so daß ein Kollege angestellt werden mußte. Das Sekretariat wurde auch im 2. Quartal errichtet. Um nun aber den Ansprüchen desselben gerecht zu werden, sei es heute Aufgabe der Generalversammlung, Mittel und Wege zur Unterhaltung zu schaffen. Verschiedene Vorschläge wurden gemacht. Nach kurzer Debatte wurde folgender Beschluß gefaßt: Der jetzige Beitrag wird um 5 Pf. erhöht, mit einem Sozialzuschlag von 10 Pf. pro Woche. Der Winterbeitrag von 10 Pf. pro Woche bleibt bestehen. Es folgte dann der Bericht der Delegierten. Derselbe war allgemein befriedigend. Ueber Agitation referierte Kollege Sellum. In Mauer, verständlicher Weise gab er die Richtlinien an, die zur erfolgreichen Agitation erforderlich sind. Derselbe sei systematisch und nachhaltig zu betreiben. Opferfreudigkeit und Demut seien besonders für die Vertrauensleute erforderlich. Gerade das Christentum gebietet es uns, unsere Kenntnisse und Kräfte zu sammeln und nicht verkümmern zu lassen, sondern diese jeder Zeit auch für seinen Nebenmenschen nutzbar zu machen. Viele und große Arbeit sei hier im Gebiete noch zu leisten. Pflicht eines jeden Kollegen sei deshalb, seine ganzen Kräfte in den Dienst der Organisation zu stellen. Im Punkt Verschiedenes gab Kollege Baque noch einige geschäftliche Anweisungen. Vor allem sei stets darauf zu achten, daß die Quittungsberechnungen pünktlich und gewissenhaft, ebenso die eingesammelten Gelder am Schlusse eines jeden Monats, eingezahlt werden. Der Vorsitzende Kollege Schwindling appellierte zum Schlusse an die Mitarbeit aller Kollegen, besonders des Vorstandes. Die heute gefaßten Beschlüsse und gegebenen Anregungen sind vor allem in die Tat umzusetzen. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband wurde die Versammlung um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Spichern. Am Sonnabend, den 23. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Schwindling und Baque von Saarbrücken waren dazu erschienen. Zur Tagesordnung stand: 1. Neuwahl des Vorstandes; 2. Bericht von der Verwaltungskonferenz; 3. Vortrag; 4. Verschiedenes. Aus der Wahl gingen hervor: Peter Altmann, Vorsitzender, Michel Staus, Kassierer; Joh. Joh., Schriftführer; Joh. Nebach und Jaf. Michels, Revisoren. Zu Punkt 2 gab Kollege Baque einen ausführlichen Bericht. Sämtliche Kollegen erklärten sich damit einverstanden, sowie auch damit, die Beschlüsse zur Durchführung zu bringen. Der Vortrag vom Kollegen Baque wurde mit großem Beifall aufgenommen. Im Punkt Verschiedenes machte Kollege Schwindling einige interessante Mitteilungen über unsere bevorstehende Lohnbewegung. Ein Kollege ließ sich aufnehmen, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Venlo (Verwaltungsstelle Krefeld). Eine Arbeitslosen-Versammlung, die von mehr als 200 Personen besucht war, fand am 20. Januar statt. Das Lokal des Herrn Derks war schon eine halbe Stunde vor Eröffnung der Versammlung überfüllt. Unter den Erschienenen befanden sich auch die Herren Bürgermeister Ryn, Beigeordneter Schreiner, sowie zwei Stadtverordnete. Punkt 5 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Herr van der Perre die Versammlung und ließ die Erschienenen, ganz besonders aber das Oberhaupt der Stadt, willkommen. Sodann verbreitete sich Herr Kreutz in längeren Ausführungen über die Arbeitslosigkeit. In der Stadt, die 18000 Einwohner zählt, sind die Lebensmittel noch teurer wie in Deutschland. Der Redner legte der Stadtverwaltung dringend ans Herz, Notstandsarbeiten verrichten zu lassen. Auch sollte die Stadt das Bauen von Arbeiterwohnungen selbst in die Hand nehmen, damit den Bodenspekulanten das Handwerk gelegt würde. Es wird immer so viel über den deutschen Unternehmer geklagt und die Arbeitslöhne verteuert den Bau so sehr. Hier in Holland seien die Löhne 20 und 25 Pf. billiger, trotzdem aber sind die Wohnungen so teuer, so daß man unter 6,50-7,50 M. kein Zimmer bekommen kann. Nicht die Arbeitslöhne verteuern das Bauen, sondern die wüste Bauspekulation beherrscht den Bauparkt. Die Stadt muß dazu übergehen, neues Baugelände zu erschließen, dann wird der Arbeitsmarkt sich hier wieder leben. Als erster Diskussionsredner erhielt der Herr Bürgermeister van Ryn das Wort. Er führte etwa folgendes aus: Meine Herren! Als ich erfahren hatte, daß Sie sich mit der Arbeitslosenfrage beschäftigen wollten, zweifelte ich anfänglich an einer solchen großen Arbeitslosigkeit. Nachdem mir aber versichert wurde, daß wenigstens 200 Arbeitslose vorhanden seien in unserer Stadt, bin ich Ihrer Einladung gern gefolgt. Der

Redner geht auf die örtlichen Verhältnisse näher ein und fährt dann fort: Wenn es wahr ist, daß die Arbeitgeber in Venlo, besonders die Baugeschäfte, keine hiesigen Arbeiter beschäftigen, weil sie der Arbeiterorganisation angehören, so ist das entschieden zu verurteilen. Verlangen muß man, daß die heimischen Arbeiter zunächst berücksichtigt werden. Für die wenige Arbeit braucht man keine auswärtige Hilfe, das mögen sich unsere Herren Arbeitgeber gesagt sein lassen. Ich werde, so viel in meinen Kräften steht, ein derartiges System der Arbeitgeber bekämpfen. Auch sind die hiesigen Lohnverhältnisse sehr tief. Ich bin der Meinung, ein Arbeiter muß mindestens 600 Gld. (ca. 1000 M.) jährlich verdienen, damit er seine Familie gut ernähren kann. All die vielen Klagen würden nicht so groß sein, wenn sie sich mehr als bisher zusammenschließen würden in den Ständes-Organisationen. Viel müssen sie auf dem Gebiete der Selbsthilfe noch erreichen, hemmen Sie dieserhalb die vorwärtsstrebenden Arbeiter nicht; zeigt, daß ihr als Kameraden einig seid, von der Fußsohle bis zum Scheitel, in guten und schlechten Tagen. (Stürmischer Beifall.) Meine Herren! Die Stadt beabsichtigt, in eigener Regie 30 Arbeiterwohnhäuser zu errichten, deren Pläne bereits fertiggestellt sind. Auch die Vorarbeiten des Schlachthofes sind soweit fortgeschritten, daß die Bauarbeiten im Sommer in Angriff genommen werden könnten. Das Objekt ist auf 45 000 Gulden veranschlagt. Was die private Bautätigkeit anbetrifft, so sind schon 42 Wohnhäuser für dieses Jahr vom Bauamt bewilligt, davon baut der gemeinnützige Bauverein 28. Die Umänderungen des Postgebäudes sollen in diesem Jahre ebenfalls ausgeführt werden, deren Arbeiten 50 000 Gulden kosten. Alles in allem haben wir eine gute Bautätigkeit zu erwarten. Zum Schlusse bittet der Herr Bürgermeister, die Arbeitslosen sollten sich nach Schluß der Versammlung auf eine Liste zeichnen, damit die Stadtverwaltung Maßnahmen treffen könnte, um Notstandsarbeiten ausführen zu lassen. Die Ausführungen wurden von mehrfachem Beifall unterbrochen. Nach dreistündiger Dauer wurde die imposante Versammlung geschlossen. In die Liste der Arbeitslosen zeichneten sich sofort 142 Personen. Die Stadtverordneten haben 20 000 Gulden für Notstandsarbeiten bewilligt. Unsere Kollegen müssen aber nun dafür eintreten, daß die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters den unorganisierten Kreisen verständlich gemacht werden.

Maurer und Bauhilfsarbeiter.

Kallmerode. Am 17. Januar hielten wir hier unsere Generalversammlung ab. Nach Vorlesung des Jahresberichts wurde dem Kassierer, Kollegen Werkmeister, die Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden gewählt: Gregor Rödiger als erster und Marcus Breitenstein als zweiter Vorsitzender; Viktorius Werkmeister als erster und Hermann Rödiger als zweiter Kassierer; Gottfried Spornemann als erster und Benediktus Henning als zweiter Schriftführer. Als Revisoren die Kollegen Joseph Breitenstein und Paul Breitenstein; als Kontrollenre Benedikt Henning und Rudolf Gleich. Für Ausfragen der Zeitung für die drei Wintermonate wurden 3 M. aus der Sozialkasse bewilligt. Dierauf forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, auch in diesem Jahre der Zahlstelle treu zu bleiben und zum Wohle des Verbandes treu mitzuarbeiten. Sodann wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die christliche Gewerkschaft geschlossen.

Osterfeld. Am Samstag, den 16. Januar, fand in unserem Verbandslokale unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Obwohl zu dieser Versammlung schriftliche Einladungen an die Mitglieder ergangen waren, war selbige schlecht besucht. Es scheint, als ob die Agitationstour im Kreise Fulda auf unfruchtbaren Boden gefallen sei, oder hat man das dort Gehörte schon wieder vergessen? Gerade in Osterfeld arbeiten jetzt ungefähr 70 bis 80 Maurer und Bauhilfsarbeiter aus dem Kreise Fulda, aus den Orten, wo noch vor kurzem die Agitationstour stattfand. Nach Erledigung interner Angelegenheiten wurde der Beschluß gefaßt, die Versammlung zu verlegen, und zwar auf Sonntag nachmittags. Hoffentlich werden dann die Kollegen keine Ausrede mehr haben, daß sie nicht kommen konnten.

Bauhilfsarbeiter.

Königsberg i. Pr. Am Sonntag, den 17. Januar, tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden, Kollegen Krause, welcher die zahlreich erschienenen herzlich willkommen hieß, erstattete der Kassierer, Kollege Tieß, den Jahresberichtsbericht. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Verkauf wurden: 177 Stück Eintrittsmarken zu 50 Pf. gleich 88,50 M., 5578 Stück Beitragsmarken zu 40 Pf. gleich 2231,20 M., 835 Stück Arbeitslohnmarken zu 25 Pf. gleich 208,75 M., 229 Stück Extranarken zu 35 Pf. gleich 80,15 M. Dieses ergibt eine Gesamteinnahme der Hauptkasse von 2608,60 M. Die Ausgaben der Hauptkasse betragen 888,29 M.; mithin sind an die Hauptkasse gesandt worden 1720,31 M. Die Einnahmen der Sozialkasse betragen: Bestand vom Jahres-schlusse 1907: 76,58 M., 5 Pf. Sozialzuschlag von 5578 verkauften Beitragsmarken zu 40 Pf. gleich 227,90 M., 15 Prozent von den verkauften Eintritts- und Beitragsmarken gleich 337,59 M., 207 verkaufte Sozialfondsmarken zu 50 Pf. gleich 103,50 M., 710 verkaufte Sozialfondsmarken zu 10 Pf. gleich 71 M., insgesamt 867,57 M. Die Ausgabe beträgt 720,49 M., mithin bleibt ein Sozialfondbestand für das Jahr 1908 von 147,08 M. Der Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 1907 betrug 280, am 1. Januar 1908 216 Mitglieder, somit ist ein Rückgang von 64 Mitgliedern zu verzeichnen. Nachdem die Rechnung von den Revisoren für richtig erklärt, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Schönefuss, welcher den Jahresbericht erstattete, dankte dem Kollegen Tieß für seine großartige Kassenerführung. Er müsse gestehen, es noch nirgend prompter und besser angetroffen zu haben. Im Jahre 1908 haben stattgefunden: 11 Mitglieder- und 3 gemeinschaftliche Versammlungen mit den Maurern, ebenso 11 Vorstandssitzungen. In jeder Versammlung wurde ein Vortrag gewerkschaftlichen Inhalts gehalten. Die Versammlungen hätten jedoch besser besucht sein müssen. Redner geht auf die Notwendigkeit des Versammlungsbüchchens des näheren ein und beweist gleichzeitig, daß ein tüchtiger Gewerkschaftler in keiner Versammlung fehlen darf. Zum Schlusse dankte Kollege Schönefuss auf die Ausrichten, welche uns der Arbeitsmarkt in diesem Jahre bietet, zu sprechen, und hofft, daß die Krise nun bald beendet sei, damit wieder jeder Kollege seinen verdienten Verdienst finden möge. Aus der Vorstandssitzung gingen folgende Kollegen hervor: Karl Krause als erster Vorsitzender, Otto Tieß als erster Kassierer, Karl Pohn als erster Schriftführer, Aug. Schwarz als zweiter Vorsitzender, Friedr. Arabowski als zweiter Kassierer, Ernst Pöschel als zweiter Schriftführer. Die Kollegen Ernst Krause und Herrn Schimmel-pennig wurden als Revisoren, ferner die Kollegen Karl und Ernst Krause, Aug. Schwarz und Ab. Rohde als Parteibeamtete gewählt. Alle Gewählten nahmen die Wahl an und versprachen, im Interesse der Kollegenschaft wirken zu wollen. Kollege Tieß

hat um kräftige Unterstützung seitens sämtlicher Kollegen, die würde der Verband auch bitten und gedeihen, und sich mit einem dreifach domitrenden Hoch, in das die Versammlung begeistert einstimmte, die schon verlaufene Versammlung. — Wunsch der Mitglieder werden jetzt öfter die Versammlung Sonntag vormittags abgehalten werden.

Soziale Rechtsprechung.

Dortmund, 26. Januar. (Die Rechtswirksamkeit der Tarifverträge.) Mit der Frage der Rechtswirksamkeit der Tarifverträge hatte sich das hiesige Gewerbegericht in der jüngsten Zeit verschiedentlich zu beschäftigen. Es handelt sich um die Urteile, denen stets dieselbe Sache zugrunde lag, während der Gericht immer einen anderen Standpunkt eingenommen und demgemäß entschieden hat. In allen Fällen ist das hiesige Baugeschäft Mitglied der Ortsgruppe Dortmund des Baugeschäft-Verbandes für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industrie-Gebieten, der bekanntlich mit den Organisationen der Arbeiter einen Einheitsvertrag abgeschlossen hat, der für das Wohngebiet Dortmund eine Kündigungsfrist von einer Woche vorsieht. Die Beklagte Firma hatte entgegen dieser Bestimmungen dieses Vertrages die Kündigungsfrist durch Sonderabmachungen mit ihren Leuten ausgeschrieben und ließ sich Kündigungen arbeiten. Das angereifene Gewerbegericht entschied in einem Falle, daß derartige Sonderabmachungen dem Tarifvertrag entgegenläufig und daher ungültig seien, während in einem anderen Falle wieder den Standpunkt einnahm, daß diese Sonderabmachungen dennoch zu Recht bestehen. Im ersten Falle klagte ein Maurer wegen kündigungloser Entlassung auf Entschädigung. Der Kläger hatte unterschrieben, daß die Kündigung ausgeschrieben sein sollte, berief sich aber am Gerichts darauf, daß durch den Tarifvertrag für Dortmund feststehende Kündigungsfrist vorgesehen sei. Das Gewerbegericht schloß sich der Ansicht des Klägers an und verurteilte die Firma zur Zahlung eines Wochenlohnes an den Kläger. Der zweite Fall stand acht Tage später zur Verhandlung. Derselbe Firma wurde von einem anderen Maurer verklagt, weil ihm wegen sofortiger Lösung des Arbeitsverhältnisses ein Wochenlohn wegen Vertragsbruches eingehalten worden war. Der Unternehmer berief sich auf die frühere Stellungnahme des Gerichts und beantragte Abweisung der Klage. Das Gericht stellte sich diesmal auf den Standpunkt des Unternehmers, daß Sonderabmachungen wohl rechtsgültig seien, erkannte aber, daß der Unternehmer den Arbeiter dennoch den einbehaltenen Lohn auszahlen mußte. Im dritten Falle klagte ein anderer Maurer wegen Vertragsbruches gegen die gleiche Firma, weil er ohne Kündigung entlassen worden war. Der Kläger berief sich wieder darauf, daß der Tarifvertrag gelten müsse, die Sonderabmachungen, nach Kündigung ausgeschrieben sei, seien rechtsgültig. Die Beklagte hatte sich der veränderten Stellungnahme des Gerichts angepaßt und berief sich auf die früheren Urteile in der gleichen Angelegenheit. Das Gewerbegericht ging aber in diesem Fall auf seinen früheren Standpunkt zurück und hielt die Bestimmungen des Tarifvertrages für maßgebend und die Sonderabmachungen für rechtsgültig. Demgemäß war die Firma zum dritten Male zu verurteilen, den eingeklagten Wochenlohn an den Kläger zu zahlen.

Soziale Wahlen.

Hamm i. W. Am Montag, den 1. Februar, fand hier die Neuwahl des Gesellenauschusses statt. Es wurden 106 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 58, auf die der „Freien“ 47 Stimmen. Mithin siegten die christlichen Gewerkschaften mit 11 Stimmen Majorität.

Briefkasten.

Zahlstelle Wiefenfeld. Sofern der Kollege krank oder genügt zur Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft das Kleben von Frankfurtermarken.

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet die Buch-Nr. 94 361 des Mitgliedsbuches, lautend auf Karl Schwarze von der Zahlstelle Wingerode; die Buch-Nr. 17 971, lautend auf Mathias Hoffmann von der Verwaltungsstelle Offen (Nhr).

Ausgeschlossen wurden wegen Vergehens gegen § 15a des Statuts die Maurer Anton Ferdinand (Buch-Nr. 160 97) und Peter Reben (Buch-Nr. 160 98) von der Zahlstelle Niederelbert; von der Sektion der Putzer (Köln) der Mitglied Vernh. Medlenbroich (Buch-Nr. 19 560) wegen Vergehens gegen § 15a des Statuts und wegen Streifbruchs.

Achtung! Verwaltungsstelle Hannover. Vom 1. Februar ab ist der Kollege Richard Schneider mit der Führung der Verwaltungsgeschäfte betraut und wird ersucht, sämtliche Anfragen usw. an dessen Adresse gelangen zu lassen. Bei Bemerkung des Arbeitsnachweises ist das Verbandsbuch vorzulegen. Das Bureau befindet sich nach wie vor im Gesellenhause, Clemensstr. Nr. 5.
Der Vorstand: J. A.: Friß Rütger.

Versammlungskalender.

Dingelstedt. Sonntag, den 14. Februar, nachmittags 4 Uhr Versammlung im Verbandslokale.

Sterbetafel.

Am 20. Januar starb unser Kollege Johann Stannet an Lungenschwindsucht.
Verwaltungsstelle Groß-Wartenberg.
Am 29. Januar starb unser Kollege Wilhelm Danek an Lungenschwindsucht. Zahlstelle Salzwedel.
Am 29. Januar starb unser treuer Kollege Josef Frechen im Alter von 29 Jahren infolge eines am 29. Jan. d. S. erlittenen Unfalles. Zahlstelle Düren (Nhr.).
Am 30. Januar starb infolge eines Halsleidens der Kollege August Bornträger aus Kleinlader im Alter von 27 Jahren. Zahlstelle Steinfur.
Am 1. Februar starb unser treues und langjähriges Mitglied Christian Warncke im Alter von 54 Jahren an Herzerkrankung. Zahlstelle Moritzberg.
Ehre ihrem Andenken!